

ZUR PERSON



► **Andreas Meyer-Lauber** ist neuer Vorsitzender des DGB in Nordrhein-Westfalen. 79 Prozent der Delegierten stimmten am Samstag auf einer außerordentlichen Bezirkskonferenz für den bisherigen Landeschef der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Der bisherige DGB-Landeschef Guntram Schneider war im Juli Arbeitsminister im Kabinett von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft geworden. Der 58-Jährige gilt als Tarifexperte und Bildungsreformer. Er kündigte an, der fortschreitenden Deregulierung des Arbeitsmarktes entgegenzutreten. (dapd)/Foto: dapd



► **Christian von Boetticher** (r.) ist zum neuen Landeschef der schleswig-holsteinischen CDU gewählt worden. Zuvor hatte Ministerpräsident **Peter Harry Carstensen** (l.) beim Landesparteitag überraschend verkündet, dass er bei der nächsten Landtagswahl nicht wieder antritt. Der 39-jährige Boetticher wurde mit 28 Jahren EU-Abgeordneter, mit 34 Landesminister in Schleswig-Holstein und mit 38 Chef der Landtagsfraktion. (dpa)/Foto: dpa

KURZ NOTIERT

Bahnchef: Kein Stopp für „Stuttgart 21“

Stuttgart. Im Streit um das Milliarden-Projekt „Stuttgart 21“ hat Bahn-Chef Rüdiger Grube den Gegnern ein offenes Gespräch angeboten. Ein Baustopp kommt für ihn aber nicht infrage. Grube warnt im „Spiegel“ davor, den Protesten gegen das Bahnprojekt nachzugeben: „Wenn Beschlüsse, die in Parlamenten, Gemeinderäten, im Bundestag gefasst werden, nicht mehr zählen, sondern alle Entscheidungen durch Volksentscheide rückgängig gemacht werden können, dann werden Sie in Deutschland keine Investoren mehr finden.“ (dpa)

KONTAKT

AZ-Politik-Redaktion:
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Tel.: 0241/5101-393
Fax: 0241/5101-360
az-politik@zeitungsverlag-aachen.de

IMPRESSUM

Aachener Zeitung

Als Aachener Volkszeitung 1946 gegründet von Jakob Schmitz, Dr. Josef Hofmann, Dr. Albert Maas und Johannes Ernst.
Ausgaben:
Aachener Zeitung, Aachener Zeitung - Nordkreis, Eifeler Zeitung, Stolberger Zeitung, Eschweiler Zeitung, Geilenkirchener Zeitung, Heinsberger Zeitung, Dürener Zeitung, Jülicher Zeitung.
Herausgeber: Aachener Verlagsgesellschaft mbH
Chefredakteur: Bernd Mathieu.
Stellv. Chefredakteure:
Erich Behrendt, Bernd Büttgens.
Büro Chef vom Dienst: Wolfgang von Wilpert, Thomas Thelen.
Verantwortliche Redakteure: Peter Pappert (Politik), Hermann-Josef Delonge (Wirtschaft/Kultur), Claudia Schweda (Region/Lokales), Maria Enders (Reportage), Christoph Pauli (Sport), Andreas Herkens (Magazin), Ulrich Kutsch (Online).
Lokalredaktionen: siehe Lokalteil.
Verlag: Zeitungsverlag Aachen GmbH,
Geschäftsführung:
Andreas Müller, Peter Selzer
Postfach 500 110, 52085 Aachen,
Dresdener Str. 3, 52068 Aachen.
Anzeigen: Christian Kretschmer
Druck: M. Brimberg, Druck u. Verlag GmbH,
Dresdener Str. 1, 52068 Aachen.
Bei Nichtlieferung der Zeitung ohne Schuld des Verlegers – etwa in Fällen höherer Gewalt oder durch Störung des Arbeitsfriedens – entsteht kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2010. Der Bezug der Zeitung kann nur schriftlich bis zum 10. eines Monats zum Ende des nachfolgenden Monats gekündigt werden. Im Abonnements- und Einzelverkaufspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Für die Herstellung der Aachener Zeitung und ihrer Heimatzeitungen wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Protest vor dem Reichstagsgebäude: Zehntausende Menschen haben am Samstag gegen die schwarz-gelbe Atompolitik demonstriert. Foto: dapd/dpa

SPD: Eilantrag gegen Atomgesetz

Massenprotest gegen die schwarz-gelbe Politik: Zehntausende Teilnehmer umzingeln Regierungsviertel in Berlin. Initiatoren warnen Merkel. Der Streit zwischen der Koalition und der Opposition wird härter.

Berlin. Der Streit um die geplante Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke gewinnt an Härte. SPD-Chef Sigmar Gabriel will das erforderliche Gesetz der schwarz-gelben Bundesregierung mit einem Eilantrag zu Fall bringen. „Wir wollen eine einstweilige Anordnung bekommen, um den Vollzug des Gesetzes zu stoppen“, sagte Gabriel. Die Regierung will das neue Atomgesetz ohne Zustimmung des Bundesrats beschließen und zum 1. Januar 2011 in Kraft setzen. Daher wird das Verfassungsgericht wahrscheinlich das letzte Wort haben.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen verteidigte die Atomkraft als Brückentechnologie. Rot und Grün hätten zwar den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen, sagte der CDU-Politiker. Sie „hätten aber kein passendes Energiekonzept“, betonte er und fügte an: „Es gab keinen soliden Umstiegsplan. Den haben wir jetzt vorgelegt.“

Unterdessen gingen am Samstag in Berlin bei einer der größten Demonstrationen der vergangenen Jahre bis zu 100 000 Menschen auf die Straße. Der Bund für Um-

welt und Naturschutz Deutschland (BUND), einer der Initiatoren der Großdemonstration, kündigte wie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) weitere Aktionen an. „Frau (Bundeskanzlerin Angel) Merkel sollte diese Proteste sehr ernst nehmen“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. „Wenn sie stattdessen die Interessen einiger weniger Großkonzerne bedient, wird sie politisch scheitern.“

Politiker als Redner unerwünscht

Bei der Demonstration in Berlin, bei der eine Menschenkette das Regierungsviertel umzingelte, waren Politiker als Redner unerwünscht, sie nutzten aber den Demonstrationszug, um am Rande ihrem Unmut Luft zu machen. SPD, Grüne und Linke warfen der Regierung vor, am Willen der Bevölkerung vorbeizuregieren. Gabriel warf der Regierung das Schüren eines der größten gesellschaftlichen Konflikte der Bundesrepublik vor. „Ich fürchte, dass es nicht nur friedliche Auseinandersetzungen geben wird.“ Merkel unter-

schätze den Konflikt. Das Vorgehen in der Atompolitik sei ein „Konjunkturprogramm für Politikverdrossenheit“.

Grünen-Chefin Claudia Roth sagte, was Union und FDP mit dem tagelang unter Verschluss gehaltenen Vertrag mit den Energiekonzernen gemacht hätten, sei „ein Anschlag auf die Demokratie“. Die Regierung handle am Parlament vorbei in Hinterzimmern die Bedingungen für längere Laufzeiten aus. „Wir werden auf der Straße zeigen, dass diese Politik von Schwarz-Gelb keine Mehrheit hat.“

Linke-Chefin Gesine Lötzsch betonte: „Das ist ein sehr breiter Protest quer durch alle Generationen und Schichten.“ Linke-Fraktionschef Gregor Gysi warnte die Regierung, den Widerstand in der Bevölkerung gegen längere Atomlaufzeiten zu unterschätzen.

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe nannte den Protest von SPD und Grünen ungläubig. „Untergehakt mit der Linkspartei,

versuchen Gabriel, Trittin und Co. ihre massiven Versäumnisse vergessen zu machen“, sagte Gröhe.

„Rot-Grün ist seinerzeit ohne taugliches Konzept in den Ausstieg aus der Kernkraft gerannt.“

FDP-Generalsekretär Christian Lindner warf besonders SPD und Grünen vor, mit den Ängsten der Menschen zu spielen. (dpa)



Afghanistan: Manipulation und Gewalt bei Wahl

Kabul. Überschattet von Gewalt haben die Afghanen am Samstag zum zweiten Mal seit dem Sturz des Taliban-Regimes ein neues Parlament gewählt. Nach Angaben der Unabhängigen Wahlkommission (IEC) schlossen die Wahllokale planmäßig. Die Auszählung der Stimmen hat begonnen, die Untersuchung von Betrugswürfen ebenfalls. Die IEC will erst am 30. Oktober ein amtliches Endergebnis verkünden. Bei Angriffen und Anschlägen der radikal-islamischen Taliban wurden am Wahltag mindestens 46 Menschen getötet, Dutzende wurden verletzt. Auch deutsche Soldaten in Kundus wurden zum Angriffsziel. Verletzte hat die Bundeswehr nicht zu beklagen. Nach afghanischen Regierungsangaben kam es zu mehr als 300 gewaltsamen Zwischenfällen – weniger als bei der Präsidentschaftswahl im vergangenen Jahr. (dpa)

► **Kommentar: Seite 4**

Steinbach bedauert Kritik an Bartoszewski

Berlin. Vertriebenenpräsidentin Erika Steinbach hat ihre heftige Kritik an dem 88-jährigen Deutschland-Beauftragten der polnischen Regierung entschuldigt: „Ich bedaure meine Äußerungen über Herrn (Wladyslaw) Bartoszewski, die in Polen und Deutschland für so viel Aufsehen gesorgt haben, und ziehe sie zurück.“ Zugleich wünsche sie sich auf der anderen Seite, dass er „in stiller Stunde all das überdenkt, was er zu meiner Person in den letzten Jahren gesagt hat“. Die CDU-Politikerin hatte dem früheren polnischen Außenminister einen „schlechten Charakter“ vorgeworfen und damit scharfe Reaktionen ausgelöst. (dpa)

NRW: Roma nur im Ausnahmefall abschieben

Berlin/Düsseldorf. Rund 10 000 Roma sollen aus der Bundesrepublik in das Kosovo abgeschoben werden. Sie gehören zu den 14 000 in Deutschland geduldeten Kosovaren, die zurückkehren sollen. Grundlage dafür ist ein im April unterzeichnetes Abkommen. Nordrhein-Westfalen will ausreisepflichtige Roma, von denen derzeit 3700 an Rhein und Ruhr leben, nur im Ausnahmefall abschieben. Innenminister Ralf Jäger (SPD): „Massenabschiebung wird es nicht geben.“ (dpa)

Die bekannteste „Sechser-Schülerin“ ist Kanzlerin

Das Internetportal Abgeordnetenwatch hat im Bundestag öffentlichkeitswirksam Noten verteilt. Die Aussagekraft ist begrenzt.

VON JAN MÖNCH

Aachen. Die Notenkonferenz vom Internetportal „Abgeordnetenwatch“ geht hart mit den Bundestagsabgeordneten ins Gericht. Auf eine Durchschnittszensur von 3,9 kommen die Volksvertreter aus Aachen, Düren und Heinsberg. Im Bundesvergleich liegt die Durchschnittsnote bei 2,83.

Über Abgeordnetenwatch können Bürger jedem der 622 Abgeordneten Fragen stellen. Öffentlich und für jedermann einsehbar folgt die Antwort – oder auch nicht. Und eben der Rücklauf war Grundlage für die Notenvergabe. Gewertet wurde der Zeitraum von Oktober 2009 bis Juli 2010.

„Transparenz schafft Vertrauen“

Mit „sehr gut“ wird Leo Dautzenberg (CDU) aus Heinsberg bedacht, der 15 von 15 Fragen beantwortet. Bester Dürener ist Dietmar Nietan (SPD), obwohl er nur „ausreichend“ fleißig war. In Aachen ist mit Rudolf Henke ein Christdemokrat Klassenbester; hierzu genügt ein „gutes“ Antwortverhalten.

„Transparenz schafft Vertrauen“, lautet das Motto der Seite, deren Hintermänner sich eine überparteiliche und unkommerzielle Ausrichtung ihres Portals auf

die Fahne geschrieben haben. Ende 2004 wurde das aus Spenden sowie dem gemeinnützigen Verein Parlamentwatch finanzierte Projekt freigeschaltet. Neben der Hauptfunktion – dem Dialog zwischen Wähler und Politik – sind auch Nebeneinkünfte und Abstimmungsverhalten der Parlamentarier einzusehen.

Der Werbegag funktioniert

Mit den Noten hat Abgeordnetenwatch Tageszeitungen aus ganz Deutschland versorgt. Als Service sind die Abgeordneten aus dem jeweiligen Verbreitungsgebiet ordentlich aufgelistet. Das Echo ist beachtlich. Als Werbegag funktioniert die Benotung also. Aussagekräftig hingegen ist sie in der Regel nicht.

So kommt die Grüne Bettina Herlitzius (Kreis Aachen) auf die Bestnote, indem sie die einzige Frage beantwortete. Umgekehrt wird Parteifreund Oliver Kriescher (Düren) mit einer Sechs abgestraft, weil er die eine an ihn gerichtete Frage ignorierte. Auch eine inhaltliche Wertung findet nicht statt. Gesetzt den Fall, ein Politiker redete auf 20 Fragen hin 20-mal am Thema vorbei, steht er nun dennoch als Klassenprimus da.

„Die Noten sind nur eine Um-

rechnung der Antwortquote“, räumt Abgeordnetenwatch-Sprecher Gregor Hackmack ein. Lediglich Standardantworten habe man aus der Wertung genommen. Auch Hackmack relativiert den Stellenwert der Zensurvergabe: „Wir wollten einen Anreiz geben, sich das Projekt wieder in Erinnerung zu rufen.“

Schließlich ist es keine Errungenschaft des Internetzeitalters, Politikern Fragen stellen zu können. Neu an Abgeordnetenwatch hingegen ist, dass der Dialog für jeden einsehbar ist – und bleibt: Alle 99 969 Fragen, die seit 2004 von der Berliner Redaktion freigeschaltet wurden (Stand: 30. August), sind noch online. Gern bezeichnet das rund 30-köpfige Team sein Projekt daher als „digitales Wählergedächtnis“. Mittlerweile erfasst es auch das Europaparlament sowie einige Landtage, darunter den von NRW. Journalisten nutzen die Seite gern zur Recherche, mancher Politiker als Teil seiner Öffentlichkeitsarbeit.

Beim Heinsberger Einser-Abgeordneten Leo Dautzenberg etwa nimmt Abgeordnetenwatch einen hohen Stellenwert ein. „Sowohl

im Berliner als auch im Wahlkreisbüro“, sagt der Christdemokrat. Gemeinsam mit seinen Mitarbeitern werde die Zielsetzung jeder Antwort abgesprochen. Die Plattform biete eine hohe Transparenz, und auf die habe der Wähler auch Anspruch.

Auch wenn sie keine wechselseitige ist. So weiß niemand, wer sich hinter den Fragen verbirgt. Anders

„Diese anonymen Geschichten möchte ich nicht mehr. Ich nutze auch bewusst kein Twitter und bin bewusst nicht bei Facebook.“

ULLA SCHMIDT, DIE MIT EINER SECHS BENOTET WURDE

als beim althergebrachten Postweg bleiben viele Nutzer namenlos und belassen es bei „freundlichen Grüßen“ – oder bei der weniger freundlichen Mahnung, der Adressat solle nur ja antworten. Das passt nicht jedem. Prominentestes Beispiel aus der Region ist Ulla Schmidt, die im Bewertungszeitraum keine Frage beantwortete: „Ungenügend“.

„Wer ein dringendes Anliegen hat, der bekommt auch eine Antwort von mir“, stellt die ehemalige Gesundheitsministerin klar. „Aber diese anonymen Geschichten möchte ich nicht mehr. Ich nutze auch bewusst kein Twitter und bin bewusst nicht bei Facebook.“

Im Vorfeld der Bundestagswahl allerdings waren in Schmidts Namen noch immerhin 20 von 32 Fragen beantwortet worden. Das Phänomen, dass Abgeordnetenwatch im Wahlkampf interessanter ist als danach, ist Gregor Hackmack nicht unbekannt: „Guido Westerwelle ist auch so ein Fall. Oder Ursula von der Leyen.“

Andere lehnen das Angebot rundweg ab. Etwa der Dürener CDU-Mann Thomas Rachel. „Herr Rachel zieht es vor, in direkten Kontakt mit den Bürgern zu treten, ohne ein zwischengeschaltetes Medium“, richtet Rachels Büro aus. Vor einem Profil auf und einer Benotung durch die Plattform verschont ist der Chef deshalb aber nicht: Auch für Rachel gibt es eine Sechs.

Die prominenteste Sechser-Schülerin hat übrigens den Wahlkreis Stralsund-Nordvorpommern-Rügen und heißt Angela Merkel. Die Kanzlerin hat seit Bestehen von Abgeordnetenwatch noch nie eine Frage beantwortet.